

# Chronik des Monats Februar 2010

**1.2. – Naher Osten.** Ein israelisches Militägericht verurteilt einen Brigadegeneral und einen Oberst wegen Überschreitung ihrer Befugnisse während des Gazakrieges. Den Offizieren wird vorgeworfen, den Einsatz von Phosphor-Munition befohlen zu haben, ohne dem möglichen Schaden an der Zivilbevölkerung Rechnung zu tragen. – Am 14.2. warnt US-Generalstabschef Michael Mullen vor der Presse in der amerikanischen Botschaft in Tel Aviv vor einem militärischen Alleingang Israels gegen den Iran, der unabsehbare Konsequenzen haben könne. Es sei das erklärte Ziel Präsident Obamas, den Iran nicht in den Besitz von Nuklearwaffen kommen zu lassen, die Diplomatie müsse jedoch Vorrang haben. – Am 25.2. führt die Einbeziehung zweier Grabstätten im Westjordanland in eine Liste jüdischer Nationalheiligtümer zu schweren Unruhen in der Stadt Hebron. Die israelische Polizei geht mit Tränengas gegen Palästinenser vor.

**– USA.** Unterstaatssekretär Gregson, im Pentagon zuständig für die Asien-Pazifik-Region, verteidigt während eines Besuches in Tokio die umstrittenen und von China heftig kritisierten umfangreichen Waffenlieferungen an Taiwan (vgl. „Blätter“, 3/2010, S. 127). Die Vereinigten Staaten würden derzeit und auch in Zukunft ihren Verpflichtungen nachkommen, Taiwans Fähigkeit zur Selbstverteidigung sicher zu stellen, seien jedoch ebenso an kooperativen Beziehungen mit der Volksrepublik interessiert. – Am 14.2. betont Außenministerin Clinton auf einer Konferenz in Katar den Wunsch der USA nach einem besseren Verhältnis zur muslimischen Welt. Clinton bemüht sich in den Golfstaaten um Unterstützung für verschärfte UN-Sanktionen gegen den Iran.

**2.2. – China.** Nach Gesprächen mit Abgesandten des Dalai Lama in Peking (26.-31. Januar d.J.) erläutert die Regierung auf einer Pressekonferenz ihren Standpunkt: Es werde nie eine sogenannte größere Autonomie für alle Tibeter geben. Der Dalai Lama habe im Jahre 1959 eine bewaffnete Rebellion angeführt, worauf die damalige tibetische Regierung abgesetzt worden sei. Die von ihm vertretene Exilregierung in Indien sei illegal.

**– Iran.** Ein Justizsprecher kündigt weitere Hinrichtungen von Regimegegnern an (vgl. „Blätter“, 3/2010, S. 126). – Am 7.2. teilt Präsident Ahmadinedschad in einer vom Staatsfernsehen ausgestrahlten Rede mit, er habe die Atombehörde beauftragt, 3,5 Prozentiges Uran für einen Forschungsreaktor auf 20 Prozent anzureichern. Außenminister Mottaki nennt am Vortag auf der Münchener Sicherheitskonferenz Bedingungen für die Anreicherung iranischen Urans im Ausland: Festlegung der Menge durch Teheran, synchroner Austausch der Brennelemente, Bestimmung des Ortes des Austausches und der Anreicherung. Auf einer Kundgebung aus Anlass des 31. Jahrestages der islamischen Revolution ruft Ahmadinedschad am 11.2. den Iran zum Atomstaat aus. Erste Chargen Uran seien „dank der Gnade Gottes“ bereits angereichert worden.

**4.-5.2. – NATO.** Die Verteidigungsminister befassen sich auf einer informellen Zusammenkunft in Istanbul mit einem Zusatzbudget in Höhe von 700 Mio. Euro. Medien berichten, hinter dem Ringen um Zahlen versteckten sich operationelle Anforderungen aus dem Engagement am Hindukusch und ein Streit um die strategischen Prioritäten des Bündnisses. Neben einer Modernisierung der veralteten Kommandostruktur gehe es um notwendige Investitionen, darunter den Ausbau des Flughafens im afghanischen Kandahar sowie den Bau eines neuen Hauptquartiers in Kabul. – Am 26.2. veröffentlicht das Außenministerium in Oslo einen gemeinsamen Brief der Außenminister Belgiens, Deutschlands, Luxemburgs, der Niederlande und Norwegens, in dem Generalsekretär Rasmussen aufgefordert wird, die nukleare Abrüstung auf die Tagesordnung der Außenministertagung im April d.J. in der estnischen Hauptstadt Tallinn zu setzen. Die von US-Präsident Obama verkündete „Vision einer Welt ohne Atomwaffen“ (vgl. „Blätter“, 6/2009, S. 126) wird von den Außenministern ausdrücklich begrüßt: „Wir glauben, dass wir auch in der NATO diskutieren sollten, wie wir diesem übergeordneten politischen Ziel näherkommen könnten.“

**5.2. – Russland.** Präsident Medwedjew unterzeichnet ein Dokument, das die Sicherheitsdoktrin vom Mai v.J. fortschreibt und präzisiert (vgl. „Blätter“, 7/2008, S. 127). Die Osterweiterung der NATO, die Heranführung militärischer Infrastruktur und die Stationierung ausländischer Armee-Einheiten in unmittelbarer Nähe zu Russland und seinen Verbündeten werden als Hauptbedrohung des Landes bezeichnet. Unter Verletzung internationalen Rechts strebe die NATO globale Funktionen an. Die geplante Einrichtung eines Systems strategischer Raketenabwehr in Osteuropa untergrabe die Balance im Nuklearbereich.

**5.7.2. – Münchener Sicherheitskonferenz.** Politiker und hochrangige Diplomaten aus aller Welt treffen sich zur 46. Sicherheitskonferenz in München. US-Außenministerin Clinton setzt sich in einem Beitrag für die „Süddeutsche Zeitung“ für die Überarbeitung der sicherheitsrelevanten Institutionen in Europa ein, um den Bedrohungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Clinton befürwortet die Wiederbelebung der Gespräche mit Russland über den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa, der KSE-Vertrag sei mehr als 20 Jahre ein Eckpfeiler der Kontrolle konventioneller Waffen und der Vertrauensbildung gewesen, drohe aber zu bröckeln. NATO-Generalsekretär Rasmussen erklärt vor den Konferenzteilnehmern, die Allianz müsse in eine „global vernetzte Sicherheitsorganisation“ umgewandelt werden, die Vernetzung mit anderen Akteuren und Staaten sei unerlässlich. Der afghanische Präsident Karzai bekräftigt die Absicht seines Landes, in fünf Jahren weitgehend selbst für die eigene Sicherheit zu sorgen und den Verbündeten nicht länger „zur Last“ zu fallen. Karzai erneuert sein Angebot an moderate Taliban-Kämpfer, sich an einem nationalen Aussöhnungsprozess zu beteiligen.

**7.2. – Ukraine.** In der Stichwahl um das Amt des Präsidenten stehen sich Oppositionsführer Wiktor Janukowitsch und Regierungschefin Julia Timoschenko gegenüber. Janukowitsch führt mit einem Vorsprung von 3,5 Prozent und legt am 25.2. vor dem Parlament den Eid auf die Verfassung ab. Timoschenko spricht angesichts des knappen Ergebnisses zunächst von Wahlfälschung, zieht ihren Einspruch jedoch später zurück. Der amtierende Präsident Juschtschenko war schon im ersten Wahlgang am 17. Januar d.J. ausgeschieden.

**8.2. – IAEO.** Der Iran unterrichtet die Internationale Atomenergie-Organisation in Wien über die Vorbereitungen für eine Anreicherung von Uran in der Atomanlage von Natanz, in Teheran sei man weiterhin zu Gesprächen über eine Anreicherung iranischen Urans im Ausland bereit. Ein vertraulicher IAEO-Bericht, der am 18.2. bekannt wird, äußert die Befürchtung, der Iran könne bereits an der Entwicklung eines atomaren Raketenrensprengkopfes arbeiten. In Washington werden „Konsequenzen“ gefordert, die russische Regierung zeigt sich ebenfalls besorgt.

**9.2. – EU.** Das Europäische Parlament bestätigt mit 488 gegen 137 Stimmen bei 72 Enthaltungen die neue Zusammensetzung der Europäischen Kommission. Präsident bleibt José Manuel Barroso (Portugal). Zustimmung kommt von der Europäischen Volkspartei, den Sozialdemokraten und den Liberalen, gegen die Kommission votieren vor allem Grüne und Linke. – Am 11.2. stehen die aktuelle Finanzkrise Griechenlands und ihre Auswirkung auf die Stabilität des Euro im Mittelpunkt eines Sondergipfels in Brüssel. Der anwesende griechische Ministerpräsident Papandreu wird zu einem drastischen Sparkurs aufgefordert, um einen möglichen Staatsbankrott abzuwenden. Konkrete Hilfszusagen der übrigen EU-Mitglieder werden nicht gemacht. Die Bundesregierung hatte am 10.2. Spekulationen zurückgewiesen, sie plane bilaterale Hilfe und bemühe sich um ein international abgestimmtes Vorgehen. EZB-Präsident Trichet teilt mit, die griechische Regierung habe sich verpflichtet, noch im laufenden Jahr das Haushaltsdefizit um vier Prozent zu reduzieren, die Europäische Zentralbank werde bei der Überwachung des Sanierungskurses mit der EU-Kommission zusammenarbeiten.

**10.2. – Bundestag.** Der Bundestag behandelt den Antrag der Bundesregierung, die Zahl der deutschen Soldaten in Afghanistan auf 5000 zu erhöhen und gleichzeitig eine „flexible Reserve“ von 350 Soldaten bereitzustellen (vgl. „Blätter“, 3/2010, S. 127). Der Antrag geht zunächst in die Ausschüsse. Bundesaußenminister Westerwelle führt eine neue Definition des Afghanistan Einsatzes in die Debatte ein: „Die Intensität der mit Waffengewalt ausgetragenen Auseinandersetzung mit Aufständischen und deren militä-

rischer Organisation führt uns zu der Bewer-  
tung, die Einsatzsituation von ISAF auch im  
Norden Afghanistans als bewaffneten Kon-  
flikt im Sinne des humanitären Völkerrechts  
zu qualifizieren...“ Diese „rechtliche Qualifi-  
zierung“ habe „Konsequenzen für die Hand-  
lungsbefugnisse der Soldaten, für die Be-  
fehlsgebung und für die Beurteilung des Ver-  
haltens von Soldaten in strafrechtlicher Hin-  
sicht“. Westerwelle erinnert daran, dass die  
deutsche Beteiligung am Afghanistan-einsatz  
von der Bundesregierung Schröder/Fischer  
beschlossen und von der Großen Koalition  
fortgeführt wurde. Der Bundestag billigt am  
26.2. in namentlicher Abstimmung mit 429  
gegen 111 Stimmen bei 46 Enthaltungen  
eine Verlängerung des ISAF-Mandats der  
Bundeswehr in Afghanistan um ein Jahr. Als  
einige Fraktion stimmt Die Linke geschlos-  
sen mit Nein.

**- Baden-Württemberg.** Der Landtag  
wählt den CDU-Politiker Stefan Mappus zum  
neuen Ministerpräsidenten. Mappus, der  
die Nachfolge des künftigen EU-Kommissars  
Günther Oettinger antritt, erhält 83 von  
137 abgegebenen Stimmen; die CDU/FDP-  
Koalition verfügt über 84 Stimmen.

**13.2. – Afghanistan.** In der südafghanischen  
Provinz Helmand setzen 15 000 Soldaten  
der NATO und der afghanischen Armee  
zum Sturm auf die Hochburgen der Taliban  
an. Die bisher größte Offensive, so heißt es  
in Kabul, gelte als Bewährungsprobe für die  
neue Afghanistanstrategie von US-Präsident  
Obama und solle die Wende am Hindukusch  
bringen. Die alliierten Truppen stoßen auf  
heftige Gegenwehr. Nach dem Tod vieler  
unbeteiligter Zivilisten während der Käm-  
phe wendet sich NATO-Oberbefehlshaber  
McChrystal an die Bevölkerung: „Ich ver-  
spreche Ihnen, unsere Bemühungen zu  
verstärken, damit wir Ihr Vertrauen zurück-  
gewinnen, um eine bessere Zukunft für alle  
Afghanen zu erreichen.“

**16.2. – Abrüstung.** Burkina Faso und Mo-  
dawien hinterlegen bei den Vereinten Na-  
tionen die Beitrittsurkunden zum Vertrag  
über das Verbot der Produktion und Lage-  
rung von Streumunition (cluster munitions).  
Damit erreicht der Vertrag (vgl. „Blätter“,  
7/2008, S. 127) das Quorum von 30 Ratifi-  
kationen und kann am 1. August 2010 in Kraft  
treten. Wichtige Produzenten, so die USA,  
Russland und China, sind bisher fernge-  
blieben.

**17.2. – Syrien/USA.** US-Unterstaatssekretär  
William Burns führt während einer Nahost-  
reise in Damaskus Gespräche mit Präsident  
al-Asad und Außenminister Muallim. Die  
USA wollen den vakanten Posten eines Bot-  
schafters in der syrischen Hauptstadt wieder  
besetzen. Der damalige US-Präsident Bush  
hatte die Abberufung nach der Ermordung  
des libanesischen Ministerpräsidenten Hariri  
im Jahr 2005 verfügt und Syrien der Urhe-  
berschaft verdächtigt.

**18.2. – USA/China.** Präsident Obama emp-  
fängt im Weißen Haus den Dalai Lama. Die  
chinesische Regierung hatte im Vorfeld  
gefordert, die Einladung rückgängig zu  
machen, um Schaden von den chinesisch-  
amerikanischen Beziehungen abzuwenden.

**20.2. – Niederlande.** Meinungsverschiede-  
nheiten zwischen Christdemokraten (CDA)  
und Sozialdemokraten (PvdA) über das Eng-  
agement der Niederlande in Afghanistan  
führen zum Bruch der Regierungskoalition.  
Die sozialdemokratischen Minister lehnen  
eine Verlängerung ab und verlassen das Ka-  
binett. Königin Beatrix nimmt den Rücktritt  
von Ministerpräsident Balkenende (CDA)  
an, löst das Parlament auf und bestimmt den  
9. Juni d.J. als Termin für Neuwahlen.

**22.2. – Türkei.** Die Polizei nimmt auf Anord-  
nung der Istanbuler Generalstaatsanwalt-  
schaft mehrere aktive und pensionierte Of-  
fiziere fest, darunter die früheren Komman-  
danten von Luftwaffe und Marine. Den Militärs  
wird eine Verwicklung in Umsturzpläne  
zur Last gelegt.

**22.-23.2. – Lateinamerika.** Vertreter von 32  
Regierungen einigen sich auf einem Gipfel  
in Cancún (Mexiko) auf die Bildung einer  
„Gemeinschaft der lateinamerikanischen  
und karibischen Staaten“, der im Gegensatz  
zur Organisation Amerikanischer Staaten  
(OAS) die USA und Kanada nicht angehö-  
ren sollen. Honduras‘ neuer Präsident Lobo  
(vgl. „Blätter“, 1/2010, S. 127 und 3/2010,  
S. 127) ist nicht eingeladen. Die Teilnehmer  
unterstützen Argentiniens Anspruch auf  
die unter britischer Souveränität stehenden  
Falklandinseln im Südatlantik.

**26.2. – Griechenland/BRD.** Ministerpräsi-  
dent Papandreu bezeichnet Forderungen  
nach einer deutschen Entschädigung für  
das NS-Unrecht in Griechenland während  
des Zweiten Weltkrieges als offen. Die Fra-  
ge solle jedoch während der gegenwärtigen  
Finanzkrise nicht diskutiert werden.